



SOLIDARIDAD Y PAZ



Bogotá, Innenstadt

Inhaltsverzeichnis

Beobachtungen	3
Zeitleiste zur jüngeren kolumbianischen Geschichte	3
Einleitung	7
UnterstützerInnen	9
Vorstellung: Kolumbienkampagne Berlin	10
Vorstellung: Red de Hermandad y Solidaridad con Colombia	11
Einführung zum Paramilitarismus in Kolumbien	12
Reiseprogramm	14
Bogotá	
Ciudad Bolívar – im Armenviertel Bogotás	15
Beim Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo	17
Im Gefängnis »La Picota«	18
Die Blumenindustrie in der Sabana de Bogotá	20
Arauca	
Ankunft	22
Bezirk Tame – Bildungseinrichtungen im Kriegszustand	24
Saravena – im Haus der sozialen Organisationen	25
Saravena – kommunitäre Wasserversorgung und Müllabfuhr	27
Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen	28



Unterricht im »colegio agropecuario« in Arauca

Beobachtungen

- Einen Schwerpunkt der Delegation »Solidarität und Frieden« bildete das Kennen lernen von Projekten und Initiativen in verschiedenen Sektoren. Dazu gehörten Frauenorganisationen, die Situation von abhängig Beschäftigten sowie die Lage marginalisierter Stadtteile in Bogotá und der Bevölkerung im Departement Arauca. Dabei mussten wir die prekäre soziale und wirtschaftliche Situation weiter Bevölkerungsteile erkennen, erhielten jedoch ebenso einen Einblick in Ansätze sozialer Organisation und Selbsthilfe, um diese Missstände zu mildern und zu überwinden.
- Die oben genannten Projekte sind mit Drohungen, Verfolgung und Morde v.a. durch paramilitärische Gruppen konfrontiert. Entgegen der Selbstdarstellung der Paramilitärs, sie würden die Guerilla bekämpfen, richten sich ihre gewalttätigen Angriffe gegen Zivilisten, die aus marginalisierten Bevölkerungsgruppen stammen oder in sozialen Organisationen tätig sind. Die paramilitärischen Gruppen unterstützen ein autoritäres politisches Projekt, bei dem missliebige Initiativen und kritische Stimmen gewalttätig bekämpft werden.
- Diese Praxis ist trotz eines deklarierten Waffenstillstands und der Friedensverhandlungen des paramilitärischen Zusammenschlusses AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) mit der amtierenden Regierung von Präsident Álvaro Uribe Vélez nicht eingestellt worden. Den Paramilitärs wird die Verantwortung für 1.500 Morde seit Beginn der Verhandlungen zugeschrieben, während ihnen gleichzeitig von der Regierung eine weitgehende Straflosigkeit zugesichert worden ist. Dies zeigt deutlich, dass diese Verhandlungen nicht zum Schutz ziviler politischer und sozialer Initiativen beitragen.
- Die Regierung Uribe Vélez gefährdet zusätzlich die Sicherheit sozialer Organisationen. Der Präsident hat Menschenrechtsorganisationen öffentlich in die Nähe der Guerilla gerückt und damit ihre Verfolgung implizit legitimiert. Daneben hat sein Eintreten für ein militärisches Vorgehen gegen die

Zeitleiste zur jüngeren kolumbianischen Geschichte

1948 Die Ermordung des linksliberalen Politikers Gaitán löst einen Volksaufstand in Bogotá aus, den sog. »bogatazo« • 1948–53 Bürgerkrieg zwischen Konservativer und Liberaler Partei, sog. »la violencia« • 1953–58 Militärregierung Rojas Pinillas • Demobilisierung der meisten liberalen Guerillas. Es bleiben aber einige Bauernselbstverteidigungen bestehen • 1958–74 »Frente Nacional« • Regierung der Konservativen und der Liberalen Partei unter Ausschluss anderer Parteien.



Nord- und Zentralkolumbien

Guerilla die Situation in den Konfliktgebieten eskaliert. Dabei kommt es im Departement Arauca zu Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen Völkerrechts u.a. durch die staatlichen Sicherheitsorgane.

- Im Bezirk Tame wird die Landbevölkerung durch den Bürgermeister der Stadt Tame als Guerrillasympathisanten denunziert. Das wirtschaftliche und öffentliche Leben wird durch die Armee behindert. Politisch oder sozial Engagierte werden durch Paramilitärs mit Verfolgung bis hin zu Mord bedroht. In einzelnen Fällen wurde uns von einer Zusammenarbeit von staatlichen Sicherheitskräften mit Paramilitärs berichtet. Das weist auf eine Aktionsgemeinschaft zur militärischen Kontrolle der Region hin.
- In Arauca ist das militärische Vorgehen in einen wirtschaftlichen Kontext eingebettet. Die Erdölförderung durch internationale Unternehmen wird militärisch gesichert und die umliegenden Gebiete sind militarisiert. Dabei sind die indigenen U'was als Besitzer potenzieller Erdölressourcen Repressalien ausgesetzt. Die Kooperativenwirtschaft in Arauca, die kommunitäre Selbsthilfe und Entwicklung garantiert, wird von den staatlichen Sicherheitskräften als feindlich eingestuft und ist ebenfalls starker Repression ausgesetzt.

Schlussfolgerungen

- Der Schutz der Menschenrechte hat eine zentrale Rolle. Sie garantieren die Integrität der Menschen und schützen Projekte, die zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage marginalisierter Bevölkerungsteile beitragen. Die gegenwärtigen Verhandlungen mit den paramilitärischen Gruppen und das militärische Vorgehen der Regierung konterkarieren die Funktion der Menschenrechte und sind deshalb zu verurteilen.
- Die zivilen Opfer des Konflikts, Menschenrechtsgruppen und Selbsthilfeprojekte verdienen Un-

Zeitleiste zur jüngeren kolumbianischen Geschichte

Alternierende Besetzung des Präsidentenamtes bis 1974, bis 1984 paritätische Besetzung von Gouverneur-, Minister und anderer politischer Posten • 1961 Gesetz zur Agrarreform • 1962–65 Militärangriffe gegen Bauerngemeinden, den sog. Unabhängigen Republiken im Rahmen des »Plan Lazo«. Aus den Bauernselbstverteidigungen entsteht 1966 die Guerillaorganisation FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) • 1964 Gründung der guevaristischen Guerilla ELN



Polizeikontrolle in Saravena / Arauca

terstützung. Eine internationale Öffentlichkeit muss für ihre Belange eintreten, nicht jedoch für die Akteure des bewaffneten Konflikts, seien es Regierung, Paramilitärs oder Guerilla.

- Um die Handlungsfreiheit engagierter KolumbianerInnen zu sichern, ist eine internationale Präsenz notwendig. Aus diesem Grund sind Initiativen zu unterstützen, die eine internationale Präsenz auf Seiten kolumbianischer sozialer Organisationen zeigen. Ebenso sind Bestrebungen zu unterstützen, die die Situation der Menschenrechte in Kolumbien international öffentlich machen.

Handlungsempfehlungen

- Wir bitten um Unterstützung des internationalen Begleitprojekts »Casa de Solidaridad« des »Red de Hermandad y Solidaridad con Colombia«. Es organisiert internationale Präsenz in Konfliktregionen und bei sozialen Organisationen. Benötigt werden v.a. die aktive Beteiligung an urgent actions und Patenschaften, um die internationalen BelgeiterInnen abzusichern. Bei Interesse senden wir gern eine ausführliche Projektbeschreibung zu. Ihre Unterstützung senden Sie bitte an die Kolumbienkampagne Berlin.

- Wir bitten um Unterstützung des internationalen Tribunals zu Menschenrechtsverletzungen beim Unternehmen Nestlé in Kolumbien. Es tagte vom 29.-30.10.2005 in der Schweiz. Eine Dokumentation der Vorfälle bei Nestlé ist unter <http://www.mutiwatch.ch> erhältlich. Dort können Sie ihre Unterstützung äußern und sich über weitere Aktivitäten informieren.

Zeitleiste zur jüngeren kolumbianischen Geschichte

(Ejército de Liberación Nacional) • 1965 Dekret 3398 erlaubt die Bewaffnung von Zivilisten durch die Armee. 1968 als Gesetz 48 verabschiedet • 1967 Gründung der Bauernorganisation ANUC zur Durchführung der Agrarreform. 1972 und 1974 spaltet sie sich mehrmals • Gründung der maoistischen Guerilla EPL (Ejército Popular de Liberación) • 1970 Gründung der Guerilla M-19 • 1973 Gesetzliche Rücknahme der Agrarreform • 1974–78 Präsidentschaft Lopez Michelsens • Reform



Plakat zum ersten Mord an einem SINALTRAINAL-Gewerkschaftsvertreter



Gedenktafeln in Bogotá für den 1948 ermordeten Präsidentschaftskandidaten Gaitán



Embera-Katio protestieren auf dem Campus der staatlichen Uni Bogotá gegen ein Staudammprojekt

Zeitleiste zur jüngeren kolumbianischen Geschichte

der »Frente Nacional«. Zunahme sozialer Kämpfe und ihrer militärischen Bekämpfung • 1978–82 Präsidentschaft Turbay Alayas • »Sicherheitsstatut« verleiht Militär weitreichende Befugnisse u.a. Gerichtsbarkeit über Zivilisten • 1981 Die erste paramilitärische Gruppe MAS tritt in Erscheinung. 1983 weist ein Untersuchungsbericht die Beteiligung von 59 Militärangehörigen nach • 1982–86 Präsidentschaft Belisario Betancours. Amnestiegesetz und Aufnahme von Friedensverhandlungen

Einleitung

Wir freuen uns, den Bericht zur Delegation »Solidarität und Frieden« vorzustellen. Die Delegation, zu der die Kolumbienkampagne Berlin aufgerufen hatte, reiste vom 27.02.-13.03.2005 in die kolumbianische Hauptstadt Bogotá und anschließend in das Departement Arauca.

Mit der Reise haben wir folgende Ziele verbunden:

Internationale Präsenz in kolumbianischen Krisengebieten

Die Handlungsmöglichkeiten der sozialen und politischen Organisationen in Kolumbien sind durch gewaltsame Verfolgung eingeschränkt. Die bewaffneten Akteure, besonders die paramilitärischen Gruppen, scheuen sich aber bisher ausländische BegleiterInnen anzugreifen. Eine internationale Präsenz in den Konfliktgebieten ist daher sinnvoll.

Handlungsmöglichkeiten aufzeigen

Am Beispiel der Delegation möchten wir Möglichkeiten verantwortungsvoller Intervention aufzeigen. Ein Aufenthalt in Konfliktgebieten ist natürlich keine gefahrlose Reise. Die Delegation hat sich deshalb gründlich vorbereitet und ihre Reiseziele in Zusammenarbeit mit den kolumbianischen Partnerorganisationen sorgfältig ausgesucht. Unter diesen Bedingungen können Risiken gering gehalten und ein Aufenthalt möglich gemacht werden.

Förderung einer kritischen Berichterstattung

Die internationale Aufmerksamkeit gegenüber dem lang andauernden Konflikt in Kolumbien ist gering und auf »topaktuelle Krisenereignisse« fixiert. Zudem ist die Berichterstattung oft tendenziös oder schlicht uninformiert. Das hängt u.a. damit zusammen, dass oft keine Bereitschaft besteht, Betroffene in Konfliktgebieten direkt zu befragen. Den Stimmen der Betroffenen möchten wir Ausdruck verleihen indem wir unsere Reiseerfahrungen veröffentlichen.

Ermöglichung internationaler Erfahrungen

Die Reise war nicht exklusiv an TeilnehmerInnen gerichtet, die zu Kolumbien oder Trikontländern arbeiten. Durch die Reise wurde eine Möglichkeit geschaffen, Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten, der sozialen und politischen Situation zu erkennen. Damit können sich die TeilnehmerInnen persönlich verankern und die gemachten Erfahrungen in ihrem Umfeld weitergeben.

Förderung der internationalen Zusammenarbeit

Durch den direkten persönlichen Kontakt zwischen sozial und politisch Engagierten zweier Länder soll die internationale Zusammenarbeit gestärkt werden. Damit wird der gemeinsame Einsatz für eine Gestaltung der sozialen und politischen Situation beider Länder ermöglicht.

Den Aufenthalt in Kolumbien unterstützten mehr als 40 UnterstützerInnen und Organisationen, die uns dadurch Rückhalt gegenüber zivilen und militärischen Autoritäten in Kolumbien gaben. Dieser Bericht ist besonders an sie gerichtet – aber natürlich auch an alle anderen Interessierten. Nach zwei Vorbereitungsseminaren begaben sich Ende Februar 20 Personen im Alter zwischen 21 und 60 Jahren auf die Reise. Die TeilnehmerInnen stammen aus Berlin, Bottrop, Braunschweig, Bremen, Frankfurt/Oder, Hannover und München. Sie sind vorwiegend im gewerkschaftlichen, migrations- und jugendpolitischen sowie im journalistischen Bereich engagiert. Für die Kolumbienkampagne Berlin war es nach der Delegation »Für das Leben und den Frieden« 2002 die zweite Delegationsreise. Sie verfügt über eine langjährige Erfahrungen in der Arbeit zu Kolumbien und ihre Mitglieder haben das Land mehrmals bereist. Uns begleiteten Personen, die u.a. als

Zeitleiste zur jüngeren kolumbianischen Geschichte

mit FARC, M-19 und EPL • 1986-90 Präsidentschaft Virgilio Barcos • 1987 scheitern die Friedensverhandlungen. 1989 Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der M-19 • 1989 Verbot der Bewaffnung von Zivilisten durch die Armee • 1990-94 Präsidentschaft Gavirias • Den Verhandlungen mit der M-19 schließen sich EPL und kleinere Guerillas an, die schließlich zur Demobilisierung führen • 1991 Verfassungsreform • Der Grundrechtsschutz im Ausnahmezustand wird verbessert,



Die Delegation vor einem Kooperativen-LKW in Arauca

Juristinnen, als Arzt oder im Bereich des zivilen Konfliktmanagements tätig sind sowie Politikwissenschaftler mit dem Spezialgebiet Kolumbien.

Nach dem zweiwöchigen Aufenthalt in Kolumbien führen wir nach Venezuela in die Bundesstaaten Apure und Merida und anschließend in die Hauptstadt Caracas, wo die Reise am 28.03.2005 endete. Da die Kolumbienkampagne vorrangig zu Kolumbien arbeitet, hat dieser Bericht ausschließlich den Aufenthalt in Kolumbien zum Gegenstand. Das eine Delegationsreise wie ein »Tropfen auf den heißen Stein« wirkt, wird anhand der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen ersichtlich, von denen wir im Nachhinein erfahren haben.

Der folgende Bericht beruht auf dem Gehörten und Gesehenen, das in Mitschriften und dem Gedächtnis der verschiedenen DelegationsteilnehmerInnen festgehalten ist. Einige Sachverhalte sind im Nachhinein recherchiert. Sicherlich kann weder das unmittelbar Erlebte noch das konkrete Leben und Engagement der KolumbianerInnen im Konflikt wiedergegeben werden. Trotzdem hoffen wir einen Bericht verfasst zu haben, der einen Einblick in den sozialen und bewaffneten Konflikt in Kolumbien verschafft.

Über Fragen oder Kommentare würden wir uns freuen. Für öffentliche Veranstaltungen stehen wir selbstverständlich zur Verfügung.

Delegation »Solidarität und Frieden«
Berlin, Oktober 2005

Delegation »Solidarität und Frieden«: reiselist@lists.idash.org
Kolumbienkampagne Berlin: kolumbienkampagne@emdash.org
c/o FDCL, Gneisenastr. 2a, 10961 Berlin

Zeitleiste zur jüngeren kolumbianischen Geschichte

die Stellung des Militärs bleibt aber unangetastet • 1994–98 Präsidentschaft Sampers • Korruptionsvorwürfe gegen die Regierung und militärische Erfolge der FARC destabilisieren die Regierung. Widererlaubnis der Bewaffnung von Zivilisten in den ruralen Sicherheitskooperativen, Convivir • 1994 Gründung der ACCU (Autodefensas Campesinas de Córdoba y Urabá) • 1997 Gründung der AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) • 1998–02 Präsidentschaft Pastranas • Aufnahme von



Eine Fähr-Kooperative betreibt den »Ersatzverkehr« für eine zerstörte Brücke in Arauca

Folgende Einzelpersonen unterstützten den Kolumbienaufenthalt:

Eva von Angern (MdL, PDS) • Evrim Baba (MdA, PDS) • Britta Ferchland (MdL, PDS) • Dieter Grasedieck (MdB, SPD) • Prof. Dr. Peter Grottian • Rosemarie Hein (MdL, PDS) • Karin Hopfmann (MdA, PDS) • Marianne Hürten (MdL, Grüne) • Gert Julius (BVV Tempelhof-Schöneberg, PDS) • Dr. Angelika Klein (MdL, PDS) • Karin Kortmann (MdB, SPD) • Prof. Dr. Stephan Lessenich • Prof. Dr. Angela Mickley • Prof. Dr. Wolf Dieter Narr • Freke Over (MdA, PDS) • Martin Patzelt (Oberbürgermeister Frankfurt/Oder, CDU) • Tobias Pflüger (MdEP, PDS) • Paul Rothe (PDS Fürstenwalde) • Beatrix Sassermann • Oliver Schruoffeneger (MdA, Grüne) • Udo Sommerfeld (PDS Braunschweig) • Hans-Christian Ströbele (MdB, Grüne)

Folgende Organisationen unterstützten den Kolumbienaufenthalt:

AK Internationalismus der IG Metall Berlin (AKI) • Basis Initiative Solidarität, Wuppertal • Deutsche Journalistinnen und Journalisten Union (DJU) • FeIS Intersol AG, Berlin • Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), Berlin • GEW-Vorstand, Bremen • IG Metall Niedersachsen • IG Metall Jugend Bremen • Vorstand der IG Metall Berlin • Lateinamerika Nachrichten, Berlin • Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, München • Rosa Luxemburg Stiftung • StipendiantInnengruppe der Hans-Böckler-Stiftung • ver.di Fachbereich 8, Bezirk München, Ingolstadt, Rosenheim • ver.di, Bezirk Berlin-Brandenburg • ver.di Niedersachsen • ver.di Jugend Land Bremen • Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen • VHS International, Braunschweig

Zeitleiste zur jüngeren kolumbianischen Geschichte

Verhandlungen mit der FARC und wiederholtes Scheitern. Verbot der Convivir • Beschluss des Plan Colombia, der US-Militärhilfe für die Bekämpfung des Drogenanbaus vorsieht • 2002 Amtsantritt von Präsident Alvaro Uribe Vélez • Aufnahme von Verhandlungen mit der AUC. Wiedererlaubnis der Bewaffnung von Zivilisten als sog. Bauernsoldaten • 2003 US-Militärhilfe wird nicht mehr an Drogenbekämpfung geknüpft •



Am Rande einer Veranstaltung zum Internationalen Frauentag in Saravena, Arauca

Kolumbienkampagne Berlin

Die Kolumbienkampagne Berlin wurde Ende 2000 als eine Initiative von Einzelpersonen gegründet und ist im Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile – Lateinamerika (FDCL) angesiedelt. Ihr primäres Anliegen ist es, die Solidaritätsarbeit mit den von Verfolgung betroffenen Organisationen der sozialen Bewegungen in Kolumbien zu stärken. Der Kolumbienkampagne Berlin geht es nicht um eine einseitige Unterstützung der kolumbianischen Organisationen etwa durch Geld o.ä. Vielmehr will sie einen Austausch zwischen politisch engagierten Menschen aus Deutschland und Kolumbien anregen und gemeinsam Handlungsstrategien entwickeln.

Erstes größeres Projekt der Kolumbienkampagne Berlin war die Delegationsreise »Für das Leben und den Frieden« nach Kolumbien im März 2002. Besucht wurden Basisinitiativen in der Hauptstadt Bogotá, der Erdölstadt Barrancabermeja und den Goldgräbergemeinden in der südlichen Region des Departements Bolívar. Ergebnisse der Reise waren eine bundesweite Veranstaltungsreihe, der Dokumentarfilm »La Zona«, zahlreiche Zeitungsartikel und eine Medikamentenverschickung im Wert von 2.000 Euro in die Goldgräbergemeinden des Sur de Bolívar.

Seit 2002 unterstützt die Kolumbienkampagne die »Internationale Anti-Coca Cola-Kampagne«, die von der kolumbianischen Lebensmittelgewerkschaft SINALTRAINAL und der Kampagne »Colombia Clama Justicia« (Kolumbien fordert Gerechtigkeit) initiiert wurde. Außerdem ist sie am internationalen Begleitprojekt »Casa de Solidaridad« (Haus der Solidarität) beteiligt. Das Projekt organisiert die Vorbereitung, den Aufenthalt und die Sicherheit von internationalen BegleiterInnen. Diese tragen durch ihre Präsenz zur Sicherheit kolumbianischer Gemeinden und sozialer Organisationen im Konflikt bei und beteiligen sich aktiv an ihren Belangen. Das Begleitprojekt wird von einem kolumbianischen und einem europäischen Netz von Gruppen und Organisationen getragen, dem »Red de Hermandad y Solidaridad con Colombia«.

Das Ziel ist eine permanente internationale Begleitung, so dass die bewaffneten Akteure bei ihrer repressiven Praxis immer mit internationaler Aufmerksamkeit rechnen müssen.



Im Barrio Bosa, Bogotá

Red de Hermandad y Solidaridad con Colombia

Das »Red de Hermandad y Solidaridad con Colombia« geht auf Bemühungen kolumbianischer Organisationen zurück, auf internationaler Ebene zu kooperieren. Daraufhin konnten erste Aktivitäten in Zusammenarbeit mit internationalen sozialen Organisationen, Solidaritätskomitees, Menschenrechtsgruppen und Basisinitiativen realisiert werden. Dazu gehörten Solidaritätsbrigaden und ein Kommunikationsnetzwerk, um Menschenrechtsverletzungen durch »urgent actions« anzuklagen. Schließlich gründete sich das »Red Europea de Hermandad y Solidaridad con Colombia« als europäischer Zusammenschluss, um die Kampagne »Colombia Clama Justicia« zu unterstützen.

Diese Kampagne begann mit dem internationalen Meinungstribunal zum Massaker vom 16. Mai 1998 in Barrancabermeja und organisierte in der Folge weitere öffentliche Anhörungen, z.B. zu den Menschenrechtsverletzungen bei Coca Cola im Oktober 2002 in Brüssel und Bogotá.

Das Begleitprojekt »Casa de Solidaridad« ist eine Initiative, die auf die internationale Karawane gegen die Wirtschaftsblockade der Gemeinden des Sur de Bolívar 2001 folgte. Im Sommer 2003 hat die Begleitung im Rahmen dieses Projekts begonnen. Die beteiligten kolumbianischen Organisationen kommen aus verschiedenen Sektoren, wie Gewerkschaften und Bauern-, Frauen-, Indigena- sowie Vertriebenenorganisationen.

Dazu gehören u.a.: das Solidaritätskomitee für politische Gefangene - Fundación Comité de Solidaridad con los Presos Políticos (FCSP) • die Lebensmittelgewerkschaft - Sindicato Nacional de Trabajadores de la Industrias de Alimentos (SINALTRAINAL) • das gewerkschaftliche Bildungsinstitut - Corporación para la Educación, el Desarrollo y la Investigación Popular - Instituto Nacional Sindical (CED-INS) • die Menschenrechtsorganisation Sembrar - Corporación Servicios Profesionales Comunitarios »Sembrar« • die Bauerorganisation Coordinador Nacional Agrario (CNA) • die Menschenrechtsgruppe Colectivo de Derechos Humanos »Semillas de Libertad« – (CODEHSEL) aus Medellín • verschiedene Organisationen aus dem Departement Arauca • verschiedene Organisationen aus dem Departement Cauca.

Zu den Mitgliedern des Red Europea gehören u.a.: • CASCOL (Spanien - Zaragoza) • CEDSALA (Spanien - Valencia) • Coliche (Spanien - Logroño) • COSAL (Spanien - Gijón) • CGT (Spanien) • Asociación Paz con Dignidad (Spanien) • Comitato Carlos Fonseca (Italien - Rom) • Campaign against Coca-Cola (USA) • Colombia Solidarity Campaign (UK) • Unterstützerguppe Schweiz (deutsche Schweiz) • Colectif Solidarité avec Colombie (französische Schweiz).



Zerstörte Habe einer Familie im Chocó (April 2005)

Zum Paramilitarismus in Kolumbien

Beim Besuch sozialer Organisationen in Kolumbien werden häufig Anschuldigungen gegen die Paramilitärs erhoben. Sie sind ein Akteur im bewaffneten Konflikt, neben den Guerillaverbänden FARC und ELN, den kolumbianischen Streitkräften und der Polizei. Neben regulären Kampfhandlungen zwischen Armee und Guerilla machen alle bewaffneten Akteure immer wieder die Zivilbevölkerung zum Ziel. Mit diesen Angriffen sollen die mutmaßlichen UnterstützerInnen des jeweiligen Feindes getroffen werden – ein Vorgehen, das nach internationalen Konventionen verboten ist. Das geschieht in einem solchen Ausmaß, dass die Opferzahlen politischer Morde diejenigen von Gefechten übersteigen. Deshalb wird von »schmutzigem Krieg« gesprochen. Die Haupttäter dieser Gewalt sind die paramilitärischen Gruppen. Nach Angaben von UNDP für die Jahre 2000–2002 sind sie für über 70% der politischen Morde, 84% der Fälle von Verschwindenlassen und über 60% der Folterungen und Bedrohungen verantwortlich (UNDP: *El Conflicto, callejón con salida. Informe Nacional de Desarrollo Humano para Colombia – 2003.*) Das erklärt, warum im weiteren Bericht fast ausschließlich von ihnen die Rede sein wird. Das ist keine politisch motivierte Einseitigkeit unsererseits, sondern eine Konsequenz aus unserer Parteinahme für die Gemeinden im Konfliktgebiet und den zivilen sozialen Organisationen in Kolumbien. Um das Verständnis der paramilitärischen Gruppen zu erleichtern, wird ihre Entwicklung kurz beschrieben.

Die Anfänge des Paramilitarismus in seiner heutigen Form gehen auf Anfang der 80er Jahre zurück. In Puerto Boyacá wurde auf Anregung von Militärs in einem Kreis von Viehzüchtern, Lokalpolitikern und Vertreter der Texas Petroleum Company der Aufbau privater bewaffneter Gruppen beschlossen, um die militärische Aufstandsbekämpfung zu intensivieren. Dieses Vorhaben stand in Opposition zu den Friedensverhandlungen der Regierung Betancour mit der Guerilla. Die ersten Opfer der Paramilitärs waren mutmaßliche Unterstützer der Guerilla, Mitglieder der kommunistischen Partei und der liberalen Strömung des »Nuevo Liberalismo«. Die rechtliche Grundlage für ihren Aufbau war ein Gesetz, das der Armee die Bewaffnung von Zivilisten erlaubte. Mitte der 80er Jahre traten in Großgrundbesitzer gewandelte Drogencapós dieser Allianz bei. Mit ihrer Finanzkraft konnte der Aufbau paramilitärischer Gruppen ausgeweitet werden und der Terror eskalierte in verschiedenen Massakern. Trotz des Verbots der Bewaffnung von Zivilisten im Jahr 1989 fassten damals die paramilitärischen Gruppen auch in anderen Regionen Fuß.



Führer der Paramilitärs im kolumbianischen Kongress



Präsident Uribe mit Rekruten

So konnte sich Anfang der 90er Jahre der Paramilitärführer Carlos Castaño im kolumbianischen Nordwesten, in Córdoba und Urabá, verankern. Er gründete 1994 die ACCU (Autodefensas Campesinas de Córdoba y Urabá), die sich 1997 mit anderen paramilitärischen Gruppen zu den AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) zusammenschlossen.

Ebenfalls 1994 wurde mit der Einführung der Convivir, der ruralen Sicherheitskooperativen, durch die Regierung Samper die Bewaffnung von Zivilisten wieder erlaubt. In 70% der Gemeinden, in denen die Convivir eingeführt wurden, etablierten sich ebenfalls die Paramilitärs. Der 1998 angetretene Präsident Pastrana verbot die Convivir und entließ zwei Generäle, denen Verbindungen zu den Paramilitärs nachgesagt wurden. Er nahm Friedensverhandlungen mit den Guerillaorganisationen FARC und ELN auf, woraufhin die Paramilitärs ihre Gewalt steigerten. Sie begangen eine Serie von Massakern, denen über 140 Personen zum Opfer fielen und opponierten gegen die Einrichtung einer demilitarisierten Zone für die ELN. Die Regierungspolitik gegenüber den Paramilitärs blieb trotzdem weiterhin ambivalent. So zeigte die angekündigte Verfolgung der Paramilitärs kaum Resultate (vgl. zur Geschichte der Beziehungen zwischen Regierung und Paramilitärs García-Peña Jaramillo, Daniel: La relación del Estado colombiano con el fenómeno paramilitar: por el esclarecimiento histórico, in: análisis político No. 53, Januar–März 2005.) Noch 2001 wurden die paramilitärischen Gruppen in einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch aufgrund ihrer Unterstützung durch die Armee als »sechste Division« bezeichnet.

Gegen Ende der Legislaturperiode Pastranas wurden die Verhandlungen mit der FARC abgebrochen. Der 2002 gewählte Präsident Álvaro Uribe Vélez, der einst als Gouverneur von Antioquia für die Einführung der Convivir verantwortlich war, verfolgt eine Politik der »harten Hand« gegen die Guerilla. Er verhängte regionale Ausnahmezustände, die später vom Verfassungsgericht für rechtswidrig erklärt wurden und setzte den »Plan Patriota« in Gang, um die Guerilla im kolumbianischen Süden militärisch zu schlagen. Gleichzeitig nahm er Verhandlungen mit den AUC auf und erkannte sie damit erstmals als politischen Akteur an.

Reiseprogramm

Sonntag 27.02.

Ankunft in Bogotá

Montag 28.02.

Diskussion mit VertreterInnen der CUT (Gewerkschaftsdachverband), USO (Gewerkschaft des staatlichen Erdölunternehmens Ecopetrol), SINTRAMINERCOL (Gewerkschaft des staatlichen Minenunternehmens Minercol), SINALTRAINAL (Gewerkschaft im Lebensmittelsektor), UNEB (Bankengewerkschaft) und ANTHOC (Gewerkschaft der Angestellten in Krankenhäusern). Besuch von »Volksküchen« der Frauenorganisation OFP (Organización Feminina Popular) im Armenviertel Bogotás, Ciudad Bolívar.

Dienstag 1.03.

Besuch der Schnittblumenindustrie in der Sabana bei Bogotá. Besuch der deutschen Botschaft.

Mittwoch 2.03.

Besuch des Anwaltskollektivs José Alvear Restrepo. Parallel Treffen mit dem alternativen Medienprojekt Indymedia Kolumbien. Besuch des Campus der Universidad Nacional. Treffen mit einer studentischen Kooperative. Besuch des internationalen Begleitprojekts »Casa de Solidaridad«.

Donnerstag 3.03.

Vorstellung und Diskussion des alternativen politischen Bündnisses Gran Coalición Democrática. Besuch der Gefängnisse La Picota, El Modelo und El Buen Pastor mit dem Gefangenenkomitee FCSP (Fundación Comité de Solidaridad con los Presos Políticos).

Freitag 4.03.

Treffen mit zwei MitarbeiterInnen der Kongressabgeordneten Wilson Borja und Gustavo Petro. Besuch des Theaterprojekts Chiminiguagua in Bosa Laureles.

Samstag 5.03.

Letzte Vorbereitungen für die Fahrt nach Arauca.

Sonntag 6.03.

Flug nach Arauca. Treffen mit BewohnerInnen des Bezirks Tame auf einer Finca Agropecuario der Bauernorganisation ADUC (Asociación Departamental de Usuarios Campesinos).

Montag 7.03.

Besuch eines Colegio Agropecuario (Agrar- und viehwirtschaftliche Schule).

Fahrt nach Saravena.

Dienstag 8.03.

Begleitung der Aktivitäten zum internationalen Frauentag. Treffen mit den Organisatorinnen.

Mittwoch 9.03.

Besuch der Wassergewinnungsanlage der kommunitären Wasserwerke ECAAS (Empresas Comunitarias de Agua y Alcantarillado de Saravena). Besuch einer Finca Agropecuario der Bauernorganisation ADUC (Asociación Departamental de Usuarios Campesinos).

Donnerstag 10.03.

Besuch des Indigenenvolks U'wa. Nachmittag: Fußballspiel der Delegationsauswahl gegen die Jugendorganisation ASOJER (Asociación Juvenil y Estudiantil Regional). 4:2 verloren.

Freitag 11.03.

Treffen mit VertreterInnen sozialer Organisationen Saravenas: Juntas de Acción Comunal (ASO-JUNTAS), LehrerInnengewerkschaft ASEDAR, Menschenrechtskomitee Joel Sierra, Jugendorganisation ASOJER und Gewerkschaft der Krankenhausangestellten ANTHOC.

Treffen mit Coronel Medina vom örtlichen Armeebataillon aufgrund der Verhaftung eines Mitglieds des Menschenrechtskomitees Joel Sierra.

Samstag 12.03.

Besuch der Anlagen der kommunitären Firma ECAAS (Empresas Comunitarias de Agua y Alcantarillado de Saravena) in Saravena. Besuch eines Menschenrechtworkshops mit Jugendlichen.

Sonntag 13.03.

Fahrt nach Guasqualito (Venezuela).



Blick auf Ciudad Bolívar

Bogotá

Im Armenviertel Bogotás – Ciudad Bolívar

In Bogotá leben ca. 3 Millionen der ungefähr 8 Millionen EinwohnerInnen in Armut. Ungefähr 1,2 Mio. Menschen können nicht ihre Grundbedürfnisse decken. Die arme Bevölkerung konzentriert sich im südlichen Teil Bogotás, der »Ciudad Bolívar« genannt wird. Schätzungsweise 25% der Stadtbevölkerung leben dort – das sind je nach Angaben bis zu zwei Mio. Menschen. Nach dem »bogatazo« 1948, einem Aufstand, ausgelöst durch die Ermordung des linksliberalen Politikers Gaitán, zog die reiche Stadtbevölkerung in den Norden, während sich unmittelbar südlich des Zentrums die Viertel der ärmeren Bevölkerung ausbreiteten. Hauptsächlich dort lassen sich aktuell die meisten Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten nieder. Die sozial prekarierte Bevölkerung ist darüber hinaus Angriffen ausgesetzt. Nach Angaben der Zeitung »El Tiempo« (Ausgabe v. 11.4.05) wurden vom Januar bis März 2005 88 Morde registriert, was einen starken Anstieg im Vergleich zum Vorjahr bedeutet (66 Morde im selben Zeitraum). 38% der Ermordeten sind Jugendliche zwischen 16 und 23 Jahren. Sie sind Opfer »sozialer Säuberungen«, d.h. der gewaltsamen Vertreibung und Kontrolle von Straßenkindern durch Mord. Im selben Artikel wird auch über die Rekrutierung von Jugendlichen durch die bewaffneten Gruppen berichtet. Dabei tun sich besonders die paramilitärischen Gruppen von Martín Llanos und des Bloque Centauro hervor, die im Departement Casanare operieren.

Am Tag nach unserer Ankunft fahren wir mit dem Bus nach Ciudad Bolívar. Vom Stadtzentrum aus ist nicht zu erkennen, welche enormen Ausmaße dieser Stadtteil hat. Wir können sie erst erahnen, als wir von den Berghängen auf die besiedelten Täler herunterblicken. Wir sind gekommen, um Projekte der »Organización Femenina Popular« (OFP) zu besuchen, sog. comedores populares (Volksküchen). Die Frauenorganisation wurde vor 32 Jahren in der Region des Magdalena Medio gegründet und ist dort durch paramilitärische Gewalt erheblich in ihrer Arbeit behindert. Auch als Antwort auf diese Angriffe hat sie in den letzten Jahren landesweit soziale Projekte initiiert. So auch in Ciudad Bolívar, wo sie sieben solcher »comedores« eingerichtet hat. Eine Vertreterin der OFP begleitet uns und gibt an, dass sich landesweit etwa 3.500 Frauen an ihrer Arbeit aktiv beteiligen. Ca. 120.000 Menschen werden direkt oder indirekt durch die Arbeit der OFP erreicht, die sich v.a. der Gesundheit, Erziehung, Rechtsberatung und Förderung der Nahrungsmittelsouveränität wid-

met. Die OFP arbeitet vorrangig in Armenvierteln, wo viele der ca. zwei Millionen »desplazados« (Vertriebene) des Konflikts leben. Aufgrund ihrer Herkunft aus Kriegsgebieten werden sie oftmals pauschal als Sympathisanten der Guerillas stigmatisiert, was ihre Verfolgung durch Paramilitärs nach sich zieht. In den »comedores« wird günstig Essen angeboten. Für die kochenden Frauen werden Verdienstmöglichkeiten geschaffen, da sie eine Aufwandsentschädigung erhalten. Indem die Frauenorganisation in den Armenvierteln Workshops etwa zu Ernährungs- oder Gesundheitsfragen organisiert, erreicht die OFP Frauen, die sich in diesem Rahmen weiterqualifizieren oder (selbst-)organisieren können.

Daneben engagiert sich die OFP in der Initiative »Frauen gegen den Krieg« und wendet sich gegen die Repression in den »barrios« (Stadtvierteln). Bei einem ausgedehnten Rundgang durch das Viertel erfahren wir, dass in den letzten Wochen etwa 20 junge Männer – angebliche Kleinkriminelle oder Drogenabhängige – von Paramilitärs erschossen wurden. Die Morde geschehen in Sichtweite einer großen, auf einem Hügel liegenden Militäreinrichtung. Nach den Erfahrungen der OFP deuten solche Morde den Beginn einer paramilitärischen Machtübernahme eines Viertels an, mit dem Ziel, die Kontrolle zu erlangen und unliebsame soziale und politische Initiativen auszuschalten.

Auf dem Rundgang unterhalten wir uns mit einer Bewohnerin, die zusammen mit anderen Vertriebenen erst vor fünf Jahren in das Viertel kam. Sie erzählt, wie sie zunächst ein Stück Land besetzt hätten, um dort Hütten zu bauen. Jedoch seien sie fünfmal von der Polizei geräumt und ihre Hütten zweimal niedergebrannt worden. Erst nachdem der formale Besitzer des Geländes mit umgerechnet 500 Euro abgefunden wurde, hätten sie feste kleine Häuser bauen und Strom von einem angrenzenden Viertel legen können – auf einen Wasseranschluss warten sie noch immer. An ihrem Beispiel wird deutlich, dass die kommunalen Behörden wenig bis gar nicht tätig werden. Im Gegenteil sind die Vertriebenen nach ihrer Ankunft aus den ländlichen Kriegsgebieten polizeilicher Repression ausgesetzt und, um ihre Existenz zu sichern, auf ihre Eigeninitiative sowie den Zusammenhalt im Viertel angewiesen.

Der derzeitige Bürgermeister von Bogotá, Luiz Eduardo Garzón, Mitglied des linksgerichteten Polo Democrático Independiente und ehemaliger Präsident des Gewerkschaftsdachverbandes CUT, hat das Ernährungsprogramm »Bogotá sin hambre« (Bogotá ohne Hunger) initiiert. Das Konzept sieht die Förderung von Nachbarschaftsinitiativen und der regionalen Nahrungsmittelproduktion vor. Auf unsere Nachfragen wird Kritik laut. Es würden viele Basisinitiativen übergangen und sich zu sehr auf bestehende staatliche Volksküchen beschränkt. Damit würde eine eigenständige Organisation und Mobilisierung der BewohnerInnen behindert. Außerdem seien tonnenweise Spenden von transnationalen Supermarktketten wie Carrefour oder Carulla verteilt worden, was dem deklarierten Ziel widerspreche, den lokalen Anbau zu stärken.

Am Ende des Rundgangs kommen wir an einem Billardsalon gegenüber eines »comedor« der OFP vorbei. Die Männer dort, sagt unsere Begleiterin, seien Informanten der Paramilitärs. Es wäre aber gut, dass sie die Anwesenheit von Europäern bemerkten, denn das halte sie von Anschlägen gegen ihr Projekt ab.

Beim AnwältInnenkollektiv José Alvear Restrepo

Seit dem 1.7.2004 verhandeln in dem Ort Santa Fé de Ralito Vertreter der kolumbianischen Regierung und der Autodefensas Unidas de Colombia (AUC). Die AUC wurden 1997 als Dachverband der paramilitärischen Gruppen von Carlos Castaño geschaffen. Entgegen dem Bild der Paramilitärs als Erfüllungsgehilfen der ökonomischen und politischen Eliten sollte mit der Gründung des Dachverbands AUC ein eigenständiges politisches Auftreten erreicht werden. Nachdem die AUC im November 2002 einen Waffenstillstand angekündigt hatten, schuf die Regierung am 23.12.2002 die gesetzliche Grundlage für Verhandlungen. Ein besonders umstrittener Punkt ist die Bestrafung der Paramilitärs. Ende Juni 2005 wurde der Gesetzentwurf »Gerechtigkeit und Frieden« im Kongress verabschiedet. Er verschafft den Paramilitärs Strafmilderung bzw. läuft auf eine Am-



Blick aus dem Avianca-Gebäude auf Bogotá's Innenstadt

nestie hinaus, da 20 Staatsanwälte innerhalb von zwei Monaten die Menschenrechtsverletzungen von mehr als 10.000 Paramilitärs untersuchen und aufklären sollen – ein Ding der Unmöglichkeit. Nicht behandelte Punkte sind die Verantwortung des kolumbianischen Staates, der ökonomischen Eliten und ausländischer Staaten, wie den USA. Ihre Verantwortung wird durch individuelle Ermittlungen faktisch ausgeklammert. Dieses Gesetz ist vom EU-Ministerrat am 03.10.2005 »positiv« gewürdigt und so der Weg für eine zukünftige Unterstützung der EU geebnet worden. Der Protest der Opfer des Paramilitarismus gegen diese Form von Verhandlungen firmiert meist unter den Schlagwörtern »Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung« (verdad, justicia y reparación). Parallel zu den Verhandlungen läuft seit 2003 auf Grundlage eines Dekrets ein Demobilisierungsprozess. Zu den Ergebnissen gibt es allerdings nur Regierungsangaben, da eine unabhängige Beobachtung nicht vorgesehen ist. Nach diesen Angaben wurden bisher 9.000 Paramilitärs demobilisiert.

Am 2. März fahren wir zum Avianca-Gebäude im Zentrum Bogotá's. Dort befindet sich das Büro des Anwaltskollektivs José Alvear Restrepo, das seit 25 Jahren besteht. Im Kollektiv sind Juristinnen zusammengeschlossen, die Menschenrechte in einem zivilen, sozialen, ökonomischen, kulturellen und ökologischen Sinn zu verteidigen suchen.

Wir fahren in den 22. Stock des Hochhauses und treffen dort Soraya Gutierrez und Alirio Uribe. Zuvor haben wir einige Sicherheitskontrollen zu überstehen. Durchsuchung, Aufnahme der Personalien und ein Foto, denn die AnwältInnen sind ständiges Ziel von Einschüchterungsversuchen und Morddrohungen. 1998 wurde Eduardo Mano, ein Mitglied des Kollektivs, ermordet. Der kolumbianische Präsident Uribe Vélez stellte die Anwälte des Kollektivs auf seiner Europareise 2004 öffentlich in die Nähe des Terrorismus. Auch nach unserem Besuch wurden Soraya Gutierrez und ihre Familie bedroht. Uns wird berichtet, dass sich die Bedingungen zur Verteidigung der Menschenrechte mit dem Amtsantritt der Regierung Uribe Vélez verschlechtert hätten, da NGOs pauschal und wahrheitswidrig als Terroristen bzw. als Mitglieder der Guerilla bezeichnet würden. Daneben sei es immer schwieriger, Informationen über Menschenrechtsverletzungen zu erhalten, da das Militär Regionen abriegelt und/oder diese von Paramilitärs kontrolliert würden, so dass eine Registrierung von Verbrechen nicht mehr möglich sei.

Wir unterhalten uns u.a. über die aktuellen Verhandlungen der Regierung mit den Paramilitärs. Sie berichten, dass trotz der seit 26 Monaten andauernden Gespräche in dieser Zeit 1.500 Menschen von Paramilitärs umgebracht worden seien. Ihrer Meinung nach, führen die Verhandlungen

mit den Paramilitärs zu deren Stärkung, da sie nun in der Legalität weiteragieren könnten. Darüber hinaus würden die Demobilisierten finanziell in einem größeren Umfang unterstützt als die Vertriebenen aus den Kriegsgebieten, d.h. die Täter werden besser gestellt als die Opfer. Da die Paramilitärs trotzdem weitermorden, sei der erklärte Waffenstillstand eine Farce, auch weil sie seit ihrem Bestehen versichern, nicht die Regierung bekämpfen zu wollen.

Im Gegenteil gebe es Beispiele für eine enge Zusammenarbeit von Militär und Paramilitärs, wie z.B. beim Massaker von Mapiripán. In dem kleinen Ort im Osten Kolumbiens hatten im Juli 1997 in Armeuniformen gekleidete Paramilitärs 49 Menschen getötet und ihre in Stücke gehauenen Körper in einen Fluss geworfen. Daraufhin flohen 80% der Bevölkerung des Ortes. Es konnte nachgewiesen werden, dass die Paramilitärs mit Hilfe der Armee dort hingekommen und zwei hohe Offiziere in das Massaker verwickelt waren. Durch die Anstrengungen des Anwaltskollektivs konnten die beiden Offiziere verhaftet und vor Gericht gestellt werden. Angesichts der herrschenden Straflosigkeit sei dies ein einmaliger Fall, der allerdings nicht zur Verurteilung der Hintermänner des Massakers führte. Die angeklagten Offiziere weigerten sich aus Angst vor Racheakten, Aussagen zu den Verantwortlichen zu machen. Aus diesem Grund haben die AnwältInnen mit Fotos der Opfer von Mapiripán vor dem Kongress protestiert, während dort im Juli 2004 die Paramilitärführer Mancuso, Duque und Isaza sprechen durften. Soraya Gutierrez und Alirio Uribe verwiesen auch auf den politischen Einfluss der Paramilitärs. Nach Aussagen des Paramilitärführers Mancuso sollen bis zu 35% der Kongressabgeordneten mit ihnen sympathisieren. Zudem tritt in paramilitärisch kontrollierten Gebieten zunehmend nur noch ein einziger mit ihnen sympathisierender Kandidat zu Wahlen an. Die Anwälte kritisieren, dass die Verbindungen zwischen Paramilitärs und Politik kein Gegenstand der Verhandlungen seien. Dies gebe Anlass zur Sorge, dass Politiker ihre eigene Verantwortung vertuschen würden. Aus ihrer Sicht dient die Wiedereingliederung der Paramilitärs dem Ziel, sie als potenzielle Gefahr der kolumbianischen Eliten zu entschärfen, jedoch nicht, sie als Ganzes aufzulösen. Aus diesem Grund lehnen die AnwältInnen die gegenwärtigen Verhandlungen ab, die de facto eine Amnestie bedeuten würden. Ihre Kritik richtet sich besonders gegen die Straffreiheit der Paramilitärs und die Legalisierung ihres unrechtmäßig erworbenen Besitzes. Sie stellen politische und juristische Aktionen dagegen und fordern die Wahrheit über die begangenen Verbrechen und Gerechtigkeit für die Opfer. Sie möchten eine Organisation der Opfer des Paramilitarismus erreichen und organisierten dazu vom 25.-27.06.2005 einen ersten Kongress der Betroffenen, wofür sie sich internationale Unterstützung und Präsenz erhofften.

Auf die Politik der europäischen Regierungen angesprochen, betonten die Anwälte, dass diese sich zwar nicht militärisch in Kolumbien engagieren würden, nichtsdestotrotz aber die Projekte der Regierung Uribe Vélez finanzieren und somit seine Politik stützen würden.

Im Gefängnis »La Picota«

In den kolumbianischen Gefängnissen leben nach Angaben der Fundación Comité de Solidaridad con los Presos Políticos (FCSP) ca. 6.800 politischen Gefangene. Davon sind aber nur 2.200 verurteilt, die anderen warten auf eine richterliche Entscheidung (Insgesamt gibt es 73.000 Gefangene von denen 48.000 teilweise seit mehreren Jahren auf ihren Prozess warten). Unter politischen Gefangenen versteht die FCSP das gesamte Spektrum der Opposition in Kolumbien, d.h. von GewerkschafterInnen über MenschenrechtsverteidigerInnen bis zur Guerilla. Die FCSP wurde 1973 als Reaktion auf Massenverhaftungen unter dem Präsidenten Turbay gegründet und ist neben Bogotá in Cali, Medellín, Ibagué, Barranquilla und Santander vertreten. Allerdings erkennt die Gefängnisbehörde INPEC den Status des politischen Gefangenen nicht an. Viele der Gefangenen sind der Rebellion angeklagt, einem Paragraphen, der im Strafrecht definiert ist. Mit der internationalen Konjunktur nach dem 11. September wird zusätzlich wegen Terrorismus angeklagt. Die FCSP beklagt, dass dies kein juristisch klar definierter Vorwurf sei. Oftmals würde nur aufgrund von Aussagen Anklage erhoben. Es hat Fälle von Verurteilungen gegeben, die sich nur auf eine einzige Aussage gestützt haben. Diese Quellen sind oft unzuverlässig, da sie von Überläufern oder bezahlten Informanten stammen.



Stempelabdrücke der Sicherheitskontrollen in »La Picota« – dort selbst durfte nicht fotografiert werden.

Gemeinsam mit dem FCSP (Fundación Comité de Solidaridad con los Présos Políticos) besuchen wir drei Gefängnisse in Bogotá: »El Modelo«, »La Picota« und »El Buen Pastor«. Erstere sind Gefängnisse für Männer, letzteres ist für Frauen.

In »La Picota«, wird uns erklärt, seien die Haftbedingungen am schlimmsten. Das Gefängnis liegt in den südlichen Armenvierteln der Stadt. Circa 2.800 Gefangene leben dort, darunter etwa 800 politische Gefangene. Es ist unterteilt in sieben Trakte, die eigentlich für 120 Gefangene vorgesehen sind. Tatsächlich sind in ihnen jeweils 400 Gefangene untergebracht, in Zellen von ca. 1,20 x 3,20 m leben jeweils drei bis vier Inhaftierte.

Vor dem Gefängnis ist davon wenig zu bemerken. Es fällt auch kaum auf, dass hier tatsächlich ein Gefängnis steht: Eine Grünanlage, ein Kinderspielplatz und dahinter ein umzäumtes Gelände. Der Menschenrechtsverantwortliche des Gefängnisses empfängt uns nach kurzer Wartezeit am Eingang. Er trägt die Uniform der Gefängnisbehörde INPEC (Instituto Nacional Penitenciario y Carcelario). Wir werden registriert, mehrmals durchsucht, unsere Fingerabdrücke werden genommen und schließlich werden wir in das Gebäude geführt.

Auf dem Gang und hinter Gittern stehen viele Menschen, die uns mustern, als wir eintreten. Wir werden in einen Raum der Rechtsberatung geführt, in den nach und nach die fünf Gefangenen hinein gebracht werden, mit denen wir uns unterhalten. Von ihnen ist nur einer tatsächlich verurteilt worden. Seine ursprüngliche Strafe betrug über vierzig Jahren für mehrere Delikte, u.a. Mord. Die Strafe wurde aber mittlerweile auf 27 Jahre gemindert, was er durch Arbeit im Gefängnis von Ibagué erreichen konnte. Er berichtete uns, dass es dazu aber in La Picota nur wenig Gelegenheit gebe.

Die anderen erzählen uns, dass sie nicht verurteilt wurden und teilweise seit zwei Jahren in Untersuchungshaft sitzen. Sie werden mehrerer Vergehen beschuldigt, allen wird jedoch Terrorismus bzw. Rebellion vorgeworfen. Ein anderer, Samuel, wartet seit acht Monaten auf eine richterliche Entscheidung. Er berichtet, dass er gemeinsam mit seinem Vater verhaftet wurde und beide dabei misshandelt wurden. Von unseren Gesprächspartnern steht nur für Francisco fest, wann er seinen Gerichtsprozess haben wird. Seit 22 Monaten ist er in »La Picota« und muss noch elf Monate warten. Weil Francisco keine Freunde, Freundinnen oder Angehörigen hat, die ihn hier unterstützen, ist die Haftsituation für ihn besonders schwierig. Im Gefängnisalltag fehlt es an fast allem. Die Zellen haben keine Möbel, keine Betten. Decke und Matratze wurden ihm von der Guerilla der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) zugeteilt, die das Zusammenleben in den Höfen regeln würde.

Während unseres Gesprächs wird gerade das Abendessen ausgegeben. Einer der Gefangenen zeigt uns seine Portion: Es gibt ein wenig Reis, eine halbe Kartoffel, einen Löffel Salat und ein winziges Stück Fleisch – als Ernährung für einen Erwachsenen nicht ausreichend. Das INPEC gilt als eine der korruptesten Behörden Kolumbiens.

Deshalb sind auch die sonntäglichen Besuche von Freunden und Angehörigen wichtig, um die Grundversorgung zu garantieren. Auch was zur Körperpflege nötig ist, muss selbst besorgt werden. Hinzu kommen schlechte hygienische Bedingungen und eine mangelhafte Gesundheitsversorgung. Es wimmelte von Ungeziefer, Duschen und Klos sind verdreckt und häufig gibt es kein Wasser. Zwar gibt es eine Gesundheitsstation, diese verfüge aber nicht über die nötigen Medikamente, außer über Schmerzmittel.

Weiterhin berichteten unsere Gesprächspartner darüber, dass ihre Zellen in regelmäßigen Abständen von Spezialeinheiten durchsucht werden. Als zuletzt am 25. Februar 2005 eine solche Untersuchung stattfand, wurden die Gefangenen gezwungen um fünf Uhr morgens auf dem Fußballfeld anzutreten und sich dort auszuziehen. Einige wurden geschlagen, andere durch die Hunde des Gefängnispersonals verletzt.

Francisco sagt: »Die größte Gefahr hier drinnen ist die, dass man aufgibt, dass man den Mut verliert.« Er wirkt dabei abgeklärt und gelassen, macht charmante Bemerkungen und trotz der Bedingungen nicht den Eindruck eines Menschen, der dabei ist, den Mut zu verlieren. »Der einzige Grund warum ich hier bin ist, weil ich gegen diesen Staat bin«, sagt er und lächelt.

Die Blumenindustrie in der Sabana de Bogotá

Der Blumenanbau bei Bogotá begann in den 60er Jahren. Mittlerweile ist Kolumbien, nach Holland, der weltweit größte Exporteur von Schnittblumen. Die Exporterlöse betragen 2004 über 700 Mio. US-Dollar. An diesen Gewinnen sind transnationale Unternehmen beteiligt – allen voran die Dole Food Company. Der weltgrößte Gemüse- und Fruchtkonzern hat viele Unternehmen des Sektors aufgekauft und verfügt mittlerweile über einen Marktanteil von ca. 35–40%. In der Blumenindustrie in der »Sabana« bei Bogotá sind ca. 90.000 Menschen beschäftigt, davon ca. 2/3 Frauen, und weitere 75.000 Arbeitsplätze hängen indirekt ab. Ihre Arbeitsbedingungen sind miserabel: Überstunden bis hin zu einem 16-stündigem Arbeitstag, Stundenlöhne von unter einem Euro, Arbeit unter Planen und in pestizidhaltiger Luft, Arbeitsverhältnisse, die meistens nicht länger als



Gewächshäuser in der Umgebung von Bogotá



Blumenarbeiterinnen am Fließband

18 Monate dauern, willkürliche Entlassungen und unregelmäßige oder ausbleibende Lohnzahlungen. Es heißt, dass im Produzentenverband Asocolflores »schwarze Listen« existieren, um die Gründung von Gewerkschaften zu vermeiden. Außerdem wird die »industrielle Reservearmee« beständig durch Inlandsflüchtlinge vergrößert. Es sind oft allein stehende Frauen, die ihre Familie ernähren müssen, dadurch ist der Druck auf die Arbeitssuchenden hoch. Auch lassen sich Verantwortliche für Entlassungen oder ausstehende Löhne durch die aufgeteilten Eigentumsverhältnisse – Landeigentum, Plantagenbesitz und Arbeitgeber auf den Plantagen sind meist getrennt – schwer ausmachen. Schlussendlich schädigen der Pestizideinsatz und der hohe Wasserverbrauch die Umwelt und führen zu Trinkwassereinschränkungen in den umliegenden Ortschaften. Bei Verzicht auf die Blumenmonokultur und vernünftiger Bewirtschaftung des fruchtbaren Bodens der »Sabana«, so ergab eine Studie, könnte die Versorgung der vier größten Städte Kolumbiens (Bogotá, Cali, Medellín, Barranquilla) mit Grundnahrungsmitteln gewährleistet werden.

Schon vor drei Jahren war eine Delegation der Kolumbienkampagne in der »Sabana«. Damals protestierten entlassene ArbeiterInnen vor den Toren der Plantage Santa Cruz, die Pleite gegangen war. Sie forderten ihre ausstehenden Löhne, campen vor Plantage und versuchten eine eigene Gewerkschaft zu gründen. Doch schließlich nahm ihr Protest ab, denn schließlich mussten sie sich ihren Lebensunterhalt verdienen. Auch diesmal stehen wir wieder vor den Toren der Plantage, auf der weiterhin Blumen gezüchtet werden – anscheinend mit neuen Arbeitskräften, neuem Arbeitgeber und zur Zeit ohne sichtbaren Protest. In einer kleineren Blumenplantage, wo wir als »interessierte Europäer« eingelassen werden, erfahren wir, dass die Blumensamen aus Europa, z.T. aus Deutschland kommen und die Blumen je nach Konjunktur dorthin, in die USA, oder andere europäische Länder mit Kühllastwagen und Kühlflugzeugen geliefert werden.

Eingehende Informationen zur Lage der Blumenarbeiterinnen veröffentlicht z.B. »cactus«, eine Organisation, die Blumenarbeiterinnen organisiert, weiterbildet, ihnen Gehör verschafft und internationale Unterstützung mobilisiert. <http://www.cactus.org.co/>



Reklametafel der Erdölindustrie an einer Strasse in Arauca

Arauca

Das Departement Arauca liegt im Nordosten Kolumbiens. Südlich von Arauca liegt das Departement Casanare, westlich Boyacá und im Norden und Osten grenzt Venezuela an. Das westlich gelegene Vorgebirge der Andenkordillere geht in Richtung Osten in Savannenlandschaft über, wo ein tropisches Klima herrscht. Dort leben die Indigenenvölker U'was und Guahivos. Kolonisiert wurde das Land wesentlich durch Flüchtlinge des Bürgerkriegs der 50er Jahre. Sie ließen sich zuerst in den bergigen Landstrichen des Westens nieder und lebten vom Holzschlag und -handel. Mit weiterer Ausbreitung in das Flachland, den »llanos«, wurde Viehzucht betrieben. In den 80er Jahren zog die beginnende Erdölausbeutung Arbeitsmigranten an. Insgesamt ist Arauca jedoch dünn besiedelt, weshalb es auch zu keinen manifesten Landkonflikten kam. Die Bevölkerung ist vergleichsweise wohlhabend und es überwiegt der mittlere Landbesitz.

Im Vergleich zu anderen Regionen ist das Niveau der Organisierung der Bevölkerung beträchtlich. Das liegt u.a. am starken Bewusstsein der Kriegsflüchtlinge der 50er Jahre und den seither ausgetragenen Kämpfen zur Entwicklung der Region, wie den »zivilen Streiks« von 1972 und 1982. Dieses Niveau drückt sich u.a. in der Stärke der Juntas de Acción Comunal (JAC) aus. Sie existieren in vielen Gegenden Kolumbiens und sind lokale Selbstverwaltungsgremien. Sie erhielten in den 50er Jahren einen legalen Status, wurden jedoch bald vom Klientelsystem der beiden großen Parteien korumpiert. Durch soziale Proteste in den 80er und 90er Jahren gewannen sie wieder an Bedeutung. Ihre allgemeine Aufgabe ist die Förderung der Gemeinde und der kollektiven Wohlfahrt. Die Mitglieder der JAC und ihr Präsident gehen aus Gemeindewahlen hervor, der Wahlmodus ist jedoch nicht landesweit einheitlich festgelegt.

Ankunft

Am 6. März fliegen wir in die Stadt Arauca des gleichnamigen Departements. Kaum geht die Flugzeugtür auf, schon erschlägt uns die Hitze. Der klimatische Unterschied zwischen dem 2.500 Meter hoch gelegenen Bogotá zum tropischen Klima der aufgrund ausgebliebener Regenfälle trockenen Ebene ist erheblich. Unserer Aufenthalt ist von Mitgliedern des Red de Hermandad y Solidaridad con Colombia und der regionalen Bauernorganisation ADUC (Asociación Departamental de Usuarios Campesinos) abgestimmt und vorbereitet worden. Trotzdem wurde uns von der deutschen Botschaft und einem uns unterstützenden Bundestagsabgeordneten aus Besorgnis um die Sicherheit deutscher StaatsbürgerInnen von der Reise abgeraten, denn Arauca ist Kriegsgebiet.



Laden einer Agrarkooperative in Arauca

Erste Anzeichen hierfür lassen sich bereits während des Fluges erkennen. Die einzige Flugmöglichkeit bietet Satena, ein ziviles Unternehmen, allerdings im Besitz der kolumbianischen Streitkräfte, an. Die anderen Fluggäste sind Männer mit militärisch-kurzem Haarschnitt. Vor einem Jahr befanden sich auf dem Rollfeld in Arauca noch Panzer, aber nun stehen nur ein paar Militärs in der Ankunftshalle rum. Nach der Gepäckaufnahme begrüßt uns unverhofft ein Mensch, der sich als Bürgermeister von Arauca vorstellt. Wir erklären uns die Aufmerksamkeit mit unserer vorherigen Anmeldung bei den zuständigen Ministerien. Nach kurzem Gespräch und längerem Warten auf den uns abholenden Bus sind wir vom Flughafen weg und endgültig angekommen. Wir machen diesmal keine Erfahrung mit stundenlangen Kontrollen und peinlichen Verhören über unsere Autorisierung wie bei der Delegationsreise vor drei Jahren.

International ist das Departement Arauca durch den Widerstand der U´was bekannt geworden. Sie wehren sich nun seit 15 Jahren gegen die Ausbeutung von Erdölvorkommen auf ihrem Land durch die Occidental Oil Company (kurz Oxy). Der US-Konzern fördert bereits bis zu 200.000 Barrel täglich im Departement. Die Guahivos, das größte Indigenenvolk Araucas, haben durch die Ausbeutung an der Laguna de Lipa ihre Heimat verloren. Die alten Jagd- und Fischfanggebiete sind verseucht oder nicht mehr zugänglich, weil mehrere hundert Quadratkilometer im Umfeld der Bohranlagen dem Unternehmen übereignet worden sind. Kolumbianische Militärs sorgen dafür, dass kolumbianische Bürger das Gelände des Konzerns nicht betreten. Indigena-Vertreter berichten, dass viele Guahivos jetzt in den Städten wohnen und mit Problemen wie Alkoholismus zu kämpfen haben. Ein anderes an der Region interessiertes Erdölunternehmen ist die spanische Repsol, das mit Unterstützung der kolumbianischen Regierung Probebohrungen durchführen möchte. Neben dem Widerstand der Indigenas ist die Erdölausbeutung Ziel von Angriffen der Guerilla geworden. Die von Mannesmann gebaute Pipeline Caño Limón-Covenas ist in den vergangenen 10 Jahren mehrere hundert Mal durch ELN und FARC in die Luft gesprengt worden. Damit sind der Regierung allein im Jahr 2001 ca. 445 Millionen USD Verlust zugefügt worden – neben dem ökologischen Schaden. Deswegen hat die Bush-Regierung 2003 98 Millionen US-Dollar für die in der Region stationierte XVIII. Brigade der kolumbianischen Armee bereitgestellt, »für us-amerikanische Interessen in der Region«. 2002, nach dem Amtsantritt des Präsidenten Uribe Vélez, verhängte dieser den Ausnahmezustand und erklärte die Bezirke Arauca, Saravena und Arauquita zu »Zonen der Rehabilitation und Konsolidierung«. Daraufhin kam es zu massiven Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung, wie willkürlichen Hausdurchsuchungen und



Im Territorium der U'wa, Arauca

extralegalen Hinrichtungen. Wenige Monate später, 2003, wurde der Ausnahmezustand zwar vom Verfassungsgericht für rechtswidrig erklärt, doch auf die erste Massenverhaftungswelle im Dezember 2002 folgte eine zweite im August 2003. Mehrere hundert AktivistInnen aus Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und Kooperativen sowie führende Politiker, darunter der damalige Gouverneur des Departements, wurden auf der Grundlage unbewiesener Beschuldigungen festgenommen und nach Bogotá verschleppt. Wenige Wochen später begann die Polizei mit Herbizidbesprühungen aus der Luft, bei denen nicht nur Kokapflanzungen vernichtet wurden. Schließlich folgte im Frühjahr 2004 ein weiteres großes Massaker im Bezirk Tame.

Bezirk Tame – Bildungseinrichtungen im Kriegszustand

Vom Flughafen fahren wir in den Bezirk Tame und besuchen dort eine »finca agropecuaria« und ein »colegio agropecuario«. Sie sind in den 90er Jahren auf Initiative der regionalen Bauerorganisation ADUC und der örtlichen Juntas de Acción Comunal (JAC) gegründet worden.

Diese Finca, insgesamt gibt es fünf im Departement, dient dazu, Wissen und Methoden rund um die Landwirtschaft und Viehzucht auszutauschen und Kompetenzen weiterzuentwickeln, auch zu ökologischen Fragen. Die Teilnehmenden sind Menschen, die selber über Land verfügen. Sie können seit 1996/97 ein sog. Agrarabitur machen.

Am nächsten Tag fahren wir in das nahe gelegene Pueblo Nuevo, um das Colegio zu besuchen. Auch dort ist der Gedanke, die Schulbildung auf die lokalen Bedürfnisse auszurichten. So wird den SchülerInnen neben den normalen Unterrichtsfächern auch Wissen über Landwirtschaft und Viehzucht weitergegeben. An dem Colegio werden laut Schulleiter 986 Kinder und Jugendliche von der Vorschule bis zur 11. Klasse unterrichtet. Er berichtet aber von zahlreichen Schwierigkeiten wie fehlender staatlicher Unterstützung, Krankheiten und Unterernährung. Außerdem führen die zahlreichen Militärkontrollen und das Verbot des Straßenverkehrs zwischen 18.00 abends und 6.00 morgens dazu, dass die SchülerInnen aus entfernten Gegenden nicht rechtzeitig zum Unterricht erscheinen können. Zudem wird beklagt, dass Lehrer und Schüler als Guerilleros stigmatisiert werden – eine Klage, die uns in der Region verfolgen wird, denn dieser Vorwurf trifft die meisten Menschen, die sich in irgendeiner Form engagieren. Weiter wird uns erzählt, dass die Schule finanziell schlecht dasteht. Schon immer musste die Bevölkerung einen Beitrag leisten, um das Projekt am Leben zu erhalten. Wie unsere Gesprächspartner einräumen, wurde hier Koka angebaut, deren Verkauf einige Einnahmen brachte. Durch Herbizideinsätze ist der Anbau aber unterbunden wor-



Versammlung im »colegio agropecuario«, Pueblo Nuevo

den. Weite Landstriche sind nun für die Bewirtschaftung unbrauchbar. Diese Einbußen konnten nicht kompensiert werden, so dass auch weniger für den Erhalt des Colegio beigetragen werden kann. Der Besuch dieser beiden Bildungsprojekte ist beeindruckend, zeigt er doch, wie sich die lokalen Organisationen eigenständig und erfolgreich um Erziehung und Schulung kümmern.

Doch der Bezirk Tame ist einer der gewalttätigsten des Departements. Nach Angaben der Vicepresidencia lag die Mordrate bis 2003 bei 340 Morden pro 100.000 EinwohnerInnen und damit über dem departementalen Durchschnitt, der ebenfalls weit über dem nationalen Durchschnitt liegt. Die Erklärung dafür ist nahe liegend, denn 2001 drangen paramilitärische Gruppen aus dem Departement Casanare nach Tame vor. Danach versuchten sie in Saravena Fuß zu fassen, der Bezirk, der 2004 die höchste Mordrate aufwies (vgl. Vicepresidencia de la República, Observatorio de Derechos Humanos, <http://www.derechoshumanos.gov.co/observatorio/indicadores/2004/indicadoresarauca.pdf>).

Auf einer Versammlung klagen BewohnerInnen der Region und VertreterInnen sozialer Initiativen u.a. den Bürgermeister der Stadt Tame an. Er stigmatisiere die LandbewohnerInnen als Guerilla-sympathisantInnen, Warenlieferungen aus der Stadt für die örtlichen Kooperativen würden behindert mit der Begründung sie seien für die Guerilla bestimmt. Für die Auszahlung finanzieller Hilfen fordere der Bürgermeister die Anwesenheit in der Stadt. Dem könnten die Mitglieder der Juntas jedoch nicht nachkommen, da sie aufgrund der paramilitärischen Präsenz um ihr Leben fürchten müssten. Dementsprechend können sie auch Menschenrechtsverletzungen oder Verbrechen nicht zur Anklage bringen, da auch das nur in der Stadt möglich ist. Eine ähnliche Problematik betrifft die medizinische Versorgung, die von der Stadt abhängig ist oder den Wahlkampf um den Bürgermeisterposten. Hilfe wurde einzig vom Bataillonskommandanten angeboten, der jedoch als Gegenleistung einen Zensus über Familienmitglieder, Stückzahl des Viehs und Art der Landnutzung verlangt. Da diese Forderung offensichtlich einer Aufstandsbekämpfung dient, die die Zivilbevölkerung ins Zentrum stellt, wurde sie verweigert. Am Ende der Versammlung kommt uns ein Hand beschriebener Zettel zu. In Tame würden Paramilitärs »Schutzgelder« in Kooperation mit der Polizei eintreiben, steht da geschrieben.

Saravena – im Haus der sozialen Organisationen

Anschließend fahren wir in die Kleinstadt Saravena. Im »Haus der sozialen Organisationen«, einem geräumigen Gebäude in der Nähe des Stadtzentrums, ist nur das Büro des Menschenrechtskomitees Joel Sierra besetzt, ansonsten herrscht gähnende Leere. Die meisten Menschen, die dort



Haus der sozialen Bewegungen in Saravena am 8. März

arbeiteten, sind verhaftet, u.a. die Vorsitzenden der Regionalsektion des Gewerkschaftsverbandes CUT, des Menschenrechtskomitees Joel Sierra, der Jugendorganisation ASOJER sowie dessen Nachfolger, mehrere führende Vertreter der Krankenhaushausgewerkschaft ANTHOC und des Bauernverbandes ADUC. Andere, wie der Bauernführer Alirio Martínez und die Gewerkschafter Leonel Goyeneche und Jorge Prieto, sind tot. Sie wurden im August 2004 von Soldaten in der Nähe von Saravena festgenommen und erschossen. Aufgrund internationalen Drucks ermittelt mittlerweile die Staatsanwaltschaft. Vier Soldaten sitzen inzwischen wegen Mordverdacht im Gefängnis. Gegen den verantwortlichen Kommandanten Coronel Medina läuft ein Disziplinarverfahren.

Schon wenige Tage später haben wir das zweifelhafte Vergnügen ihn zu treffen. Die Armee hat einen Angehörigen des Menschenrechtskomitees Joel Sierra nach einer Personalienüberprüfung mitgenommen. Wir beschließen, zum Bataillonsstützpunkt zu fahren und uns nach seinem Verbleib zu erkundigen. Nach einem Telefonat und der Abgabe unserer Pässe beim Eingangsposten werden wir eingelassen und zum Büro begleitet. Coronel Medina empfängt uns, neben ihm sitzt ein US-amerikanischer Soldat. Das Gespräch verläuft im Wortlaut freundlich, gleicht aber einer Verhörsituation. Spürbar sind unterschwellige Anschuldigungen gegen Menschenrechtsdelegationen. Mehrmals fragt er nach, wen wir beim Besuch des U'wa-Territoriums am Vortag gesehen haben. Offensichtlich möchte er wissen, ob wir der Guerilla begegnet sind. Schließlich holt er eine Landkarte hervor und erklärt, dass sich einige Indigenas der ELN angeschlossen hätten und sich dorthin zurückziehen würden. Außerdem betont er, dass Menschenrechte nicht allein für Menschenrechtsorganisationen gelten würden.

Er zeigt uns eine Power Point-Präsentation mit Opfern von FARC-Angriffen in Saravena und behauptet, dass diese Fälle keine internationale Beachtung finden würden. Anscheinend wirft er Menschenrechtsdelegationen vor, auf Seiten der Guerilla zu stehen. Wir unterstreichen, dass uns diese Fälle bekannt sind, sie international berichtet wurden und wir sie verurteilen. Die Festnahme des Menschenrechtsverteidigers begründet der Kommandant mit einer Diskette, die in seinem Besitz gefunden wurde. Darauf seien Dokumente der Staatsanwaltschaft, was überprüft werden müsse. Nach einem Telefonat stellt sich heraus, dass diese aus dem Internet stammen und dort öffentlich kursieren. Außerdem ist kein Gesetz bekannt, das ihren Besitz allgemein oder gar speziell einer Menschenrechtsorganisation, die sich mit rechtlichen Fragen beschäftigt, verbietet. Aber das Militär in Saravena scheint einen Drang zur Kontrolle ziviler Aktivitäten zu haben. Nach dem Gespräch müssen wir noch einige Zeit warten, bis wir endlich mit dem Freigelassenen den Militärstützpunkt verlassen können.



Auf dem Gelände des Wasserwerkes der ECAAS bei Saravena

Kommunitäre Wasserversorgung und Müllabfuhr in Saravena

Wir besuchen die ECAAS (Empresas Comunitarias de Agua y Alcantarillado de Saravena), was übersetzt etwa kommunitäre Wasser- und Kanalisationswerke von Saravena heißt. Nach halb-stündiger Fahrt in einem LKW sind wir beim Wasserwerk. Hier wird das Wasser, das aus den anliegenden Bergen kommt, aufbereitet. Im kürzlich fertig gestellten Labor wird geprüft, ob das Wasser den Gesundheitsvorschriften entspricht. Nach einem Rundgang, auf dem uns ein Ingenieur in die technischen Abläufe der Trinkwassergewinnung einweicht, kommen wir zu einem Gedenkstein, auf dem die Namen der Gründer von ECAAS verzeichnet sind. Fast alle von ihnen wurden mittlerweile umgebracht oder sitzen im Gefängnis. Hier wird wieder deutlich, dass in Arauca diejenigen Projekte, die in Eigenhilfe von der Bevölkerung aufgebaut wurden, unter einem Generalverdacht stehen und ihre Protagonisten verfolgt werden.

In der Stadt Saravena gehen wir in das Büro von ECAAS. An der Wand sind Einschusslöcher zu sehen, da bei Gefechten in der Stadt das Gebäude unter Feuer genommen wurde. Die Beschäftigten erklären, dass das Militär annahm, dort würden sich Guerilleros verstecken. Daneben klären sie uns über die Struktur des seit den 70er Jahren bestehenden Unternehmens auf. Es ist weder in staatlicher noch in privater Hand, sondern ein Selbstverwaltungsbetrieb, der wirtschaftlich arbeitet und qualitativ gutes und preiswertes Trinkwasser anbietet. Das höchste Gremium tagt alle sechs Monate und ist eine Versammlung der Präsidenten der Juntas de Acción Comunal (JAC) von Saravena und von VerbraucherInnen. So bestimmen basisdemokratische Gremien über ECAAS – unabhängig von der Regierung. Die Firma wird deswegen formell als Privatunternehmen eingestuft und gilt juristisch als »empresa comunitaria«. Ihre Leitung liegt in den Händen eines Präsidenten und einer Schatzmeisterin, ihre Eigentümer sind formalrechtlich die Präsidenten der JAC. Der Gewinn des Unternehmens wird reinvestiert. Ein Teil davon geht in einen Solidarfond, aus dem Medikamente für 15-20 Bedürftige pro Monat gezahlt werden. Im Unternehmen selbst sind 64 Personen beschäftigt, womit ECAAS einer der größten Arbeitgeber der Gemeinde ist. Alle Stellen sind zeitlich befristet auf zwei oder auch nur ein Jahr – das gilt auch für den Präsidenten und Schatzmeister. Dadurch sollen möglichst viele BewohnerInnen in den Genuss der Arbeitsplätze kommen. Ein Kubikmeter Trinkwasser von ECAAS kostet maximal 400 Peso, was ungefähr 13 Cent entspricht. In naher Zukunft, so wird uns erzählt, wird es jedoch Schwierigkeiten mit den Wasserpreisen geben, weil die Regierung die bisherigen Subventionen für die unteren Einkommensschichten abschafft. Bei der Müllabfuhr würden die Preise dann auf ungefähr 5.000 Peso steigen (ca. 1,60 Euro), während sie bisher für die untersten Einkommensstufen 2.000 bzw. 3.000 Peso kostet.



Hinweistafel in einer OFP-Volksküche: »Dieser Raum gehört Zivilistinnen und Zivilisten – legal oder illegal Bewaffnete dürfen sich hier nicht aufhalten«

Anhang

Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen

Im Folgenden dokumentieren wir einige der Fälle, die uns nach unserer Reise über den Verteiler des »Red de Hermandad y Solidaridad« mitgeteilt wurden. Wir haben uns auf eine Zusammenstellung der Fälle aus den Gebieten beschränkt, die wir besucht haben und bei denen der Tatzusammenhang deutlich wird.

Drohungen und Übergriffe in Bogotá

Berichtet am 14.05.2005 durch das Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo:

Am 13.05.2005 erhielt die Vorsitzende des Anwaltskollektivs José Alvear Restrepo, Soraya Gutierrez Arguello, ein Paket, das sie aus Angst vor einer Bombe von der Polizei öffnen ließ. Das Paket enthielt eine zerstückelte, angebrannte, rot-bemalte Puppe mit einem Kreuz auf der Brust und einen Brief: »Sie haben eine hübsche Familie, passen Sie auf sie auf, anstatt sie zu opfern.«

Am selben Tag annoncierten Unbekannte eine Stellenausschreibung im Namen des Anwaltskollektivs in der kolumbianischen Tageszeitung »El Tiempo«. Am 14. Mai erschien, ebenfalls in »El Tiempo«, eine Stellenausschreibung für Wachpersonal. Interessenten sollten sich am 14. Mai zwischen 8.00 und 14.00 Uhr beim Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo melden. Die Anzeige suggeriert, dass das Kollektiv Wachschutz brauche – und genau an diesem Tag zur selben Uhrzeit sollte im Kollektiv eine Sitzung mit Opfern des »schmutzigen Krieges« stattfinden.

Berichtet am 07.07.2005 von der Frauenorganisation OFP:

Am 07.07.2005 wurden in Ciudad Bolívar zwei Frauen, Martha Zoraida Hidalgo und Doris Mota, von der Polizei wegen einem Handgemenge auf der Strasse verhaftet. Dabei schlugen ihnen die Polizisten mit ihren Helmen ins Gesicht und griffen sie verbal an. Als die Polizisten daraufhin von Mongui Gomez, Menschenrechtsverteidigerin der Frauenorganisation OFP (Organización Feminina Popular), wegen des Missbrauchs ihrer Funktion zurechtgewiesen wurden, wurde diese als Spitzel beleidigt. Sie wurde gemeinsam mit zwei weiteren Frauen der OFP von den Polizisten gewaltsam festgenommen und auf die Polizeistation gebracht. Als sie freigelassen wurden, sollten sie ein Dokument unterschreiben, dass sie nicht misshandelt wurden.

Übergriffe und Morde im Departement Arauca

Berichtet am 13.04.2005 vom Menschenrechtskomitee Joel Sierra:

Am 12.04.2005 wurden nach einer Fortbildung der Agrarkooperative von Sarare (COAGROSARARE) in Saravena Camilo León und Mari Luz Moreno durch die Polizei festgenommen. Danach gingen die ca. 30 TeilnehmerInnen zur Polizeistation, um sich über die Gründe der Polizeimaßnahme zu erkundigen. Dort wurden ihre Personalien von der Polizei aufgenommen und Martha Ortega, die Ehefrau von Víctor Laguado, dem Schatzmeister von COAGROSARARE, wurde ebenfalls festgenommen. Die drei wurden dort bis Mitternacht festgehalten.

Die Polizei verlangte von Martha Ortega die Adresse ihrer Wohnung. 15 Polizisten machten sich dorthin auf den Weg um Víctor Laguado festzunehmen. Sie verschafften sich gewaltsam Einlass, fanden jedoch nur die beiden Töchter und den Jugendlichen Juan Carlos Atuesta vor, den sie mitnahmen. Danach drangen sie in das Nachbarhaus ein, wo sie Víctor Laguado fanden. Sie verhafteten ihn, wobei sie ihm ins Gesicht schlugen und ihn beschimpften, und hielten ihn bis 2.00 Uhr morgens fest. Es ist seine zweite Verhaftung, nachdem er im Oktober letzten Jahres für vier Stunden von einer Militärpatrouille festgehalten wurde.

Der Polizeikommandant von Saravena, Mayor Malaver, antwortete, nach diesem Vorgehen befragt, dass seine Polizisten eine freiwillige Registrierung vornehmen würden und die Bevölkerung zu kollaborieren hätte, denn nur »die Banditen« würden eine Registrierung verweigern.

Berichtet am 20.04.2005 vom Menschenrechtskomitee Joel Sierra:

Bei der Durchführung der Militäroperation »Escudo« wurden am 17.04.2005 in Aguachica, Bezirk Arauquita, drei Bauern, und in der Ansiedlung Flor Amarillo, Bezirk Tame, ein Bauer willkürlich festgenommen. Letzterer, Cesar Jhoan Puya Gómez, wurde am folgenden Tag tot aufgefunden. In La Rochela wurden zwei Bauern festgenommen, die verschwunden sind, da die verantwortliche Armeepatrouille keine Auskunft über ihren Verbleib gibt.

Das Militär vergriff sich an Privatbesitz und benutzte im Falle der Ansiedlungen Botalón und Puerto Nidia Wohnhäuser als Schutzschilder.

Berichtet am 29.04.2005 durch die Menschenrechtsorganisation Humanidad Vigente:

Am 26.04.2005 wurden bei einem paramilitärischen Überfall bei der Ansiedlung Aguas Claras de Puerto Rondón, Bezirk Arauca, mindestens zwei Personen, Ricardo José Sanchez und Andrés Vargas, getötet. Einem der Ermordeten gehörte ein Hof, der bei dem Überfall geplündert wurde. Der Lehrer der Ansiedlung, Francisco Antonio Gil Piñero, ist seitdem verschwunden.

Am 28.04.2005 wurden in Botalón, Bezirk Tame, bei einer gemeinsamen Operation des DAS (kolumbianischer Inlandssicherheitsdienst), der Staatsanwaltschaft und des XVIII. Bataillons zwölf Personen festgenommen und nach Puerto Nidia gebracht. Darunter befand sich Isaac Marín, Vorsitzender der »Corporación Social para la Asesoría y la Capacitación Comunitaria« (Korporation für die kommunitäre Beratung und Fortbildung).

Berichtet am 14.06.2005 vom Menschenrechtskomitee Joel Sierra:

In der Stadt Saravena ist die Präsenz von vier bewaffneten Männern in Zivil auf Motorädern ohne Kennzeichen aufgefallen. Einer von ihnen wurde im Büro der mechanisierten Kavallerie Nr. 18 des Bataillon Gabriel Revéz Pizarro gesehen.

Dieselbe Person wurde am 21.05.2005 im Büro der ASOJUNTAS (Asociación de Juntas de Acción Comunal) in Saravena vorstellig und verlangte Informationen über das Gremium. Dabei stellte er sich als Felipe, Leutnant der kolumbianischen Streitkräfte vor. Am 11.06.2005 wurde er in der Nähe des Wohnortes des Generalsekretärs von ASOJUNTAS gesehen. Wenig später tauchte er zusammen mit drei anderen bewaffneten Zivilisten bei einer Autowerkstatt auf, in der sich der Generalsekretär von ASOJUNTAS aufhielt.

Am 24.05.2005 wurde eine Frau zusammen mit ihrem Ehemann verhaftet. Im Stützpunkt der mechanisierten Kavallerie Nr. 18 wurde sie einem Zivilisten übergeben, dessen Beschreibung mit der oben angeführten Person übereinstimmt. Von ihm wurde die Frau vergewaltigt.

Alles berichtet am 04.08.2005 vom I. Humanitären Sozialforum in Saravena:

Seit dem 02.08.2005 quartierten sich Angehörige der 5. mobilen Einheit der XVIII. Brigade in der Ansiedlung Pueblo Seco im Bezirk Tame ein und benutzten die Sachen und Häuser der Zivilbevölkerung. Sie schüchterten die Bevölkerung ein, indem sie Plakate und Transparente zum Gedenken an die Ermordung von Hector Alirio Martinez, Leonel Goyeneche Goyeneche und Jorge Eduardo Prieto Chamusero zerstörten. Sie drohten bis zum 5. August zu bleiben, um herauszufinden, wer an diesem Tag die Gedenkveranstaltungen koordiniert, die in der Ansiedlung Caño Seco stattfinden sollen.

Am 02.08.2005 wurde Jairo Gonzales Arredondo im Bezirk Saravena festgenommen und zum Bataillon Revés Pizarro gebracht. Am Nachmittag des anschließenden Tages wurde er in die Polizeistation verlegt, ohne dass gegen ihn Anschuldigungen vorgebracht wurden. Jairo Gonzales ist Delegierter der Ansiedlung Bajo Cusay im Bezirk Tame und nahm am I. Humanitären Sozialforum in Saravena teil.

Zum I. Humanitären Sozialforum in Saravena wurde der Procurador General de la Nación eingeladen, der zu seiner Vertretung Dr. Ángela Campos entsandte. Sie erschien am 3. August beim Forum in Begleitung ihres Leibwächters Luis Fernando Serna, der die Delegierten des Forums filmte. Wie später festgestellt werden konnte, ist der Leibwächter Mitglied eines Geheimdienstes.

Berichtet am 05.08.2005 vom I. Humanitären Sozialforum in Saravena:

Am 29.07.2005 explodierte die Handgranate eines Soldaten in der Nähe des Gehöfts El Botalón durch die er starb und vier Zivilisten verletzt wurden.

Am Abend wurde der Jugendliche Saúl Vicente Valcárcel von Militärangehörigen festgenommen. Die Nacht über konnten seine Schreie aufgrund der Schläge, die ihm zugefügt wurden, vernommen werden. Bis zum 2. August konnte er aufgrund seiner Verletzungen im Gesicht keine Nahrung zu sich nehmen.

Berichtet am 31.08.2005 vom Menschenrechtskomitee Joel Sierra:

Die Gemeinde Sarare beobachtete Patrouillen von Militär- wie Polizeiangehörigen, ohne dass sie Uniformen oder Embleme trugen, die sie als staatliche Sicherheitskräfte kenntlich machen. In derselben Weise patrouillierten sie auf Motorrädern, die Gesichter durch schwarze Tücher verdeckt, wobei sie die AnwohnerInnen kontrollierten und einschüchterten. Teilweise wurden sie von »Wiedereingegliederten« ehemaligen Guerillamitglieder begleitet, die AnwohnerInnen mit willkürlichen Anschuldigungen drohten.

Berichtet am 06.09.2006 von ASOJER:

Die mechanisierten Kavallerie Nr. 18 »General Gabriel Revéz Pizarro« unter dem Kommando des Oberstleutnant Carlos Vicente Prada Garcés erteilt Schulen und anderen Bildungseinrichtungen in Saravena Regeln und Instruktionen für die Begehung des nationalen Tags der Menschenrechte. Damit bezweckt das Militär die Militarisierung der Zivilbevölkerung und der Jugendlichen, da dieser Tag mit einer Militärparade begangen werden soll.

Berichtet am 23.09.2005 von Samuel Morales Florez:

Samuel Morales Florez, Präsidenten des Gewerkschaftsdachverband CUT und seit dem 5. August 2004 in Untersuchungshaft in Bogotá, und seine Familie wurden bedroht. Seine Schwestern Omayra Morales und Gladys Morales arbeiten als Lehrerinnen im Bezirk Arauquita. Am 21.09.2005 wurde ihnen durch einen Anruf an das Schulsekretariat mitgeteilt, dass sie das Departement in 72 Stunden zu verlassen hätten und die gesamte Familie von Samuel Morales ein Angriffsziel sei, sofern sie nicht wegzögen. Der Anrufende gab sich als Mitglied der AUC aus. Am selben Tag ging ein Anruf mit ähnlicher Botschaft in der Schule von Arauquita ein, an der seine Schwester Matilde Morales arbeitet. Die Drohungen und das Ultimatum wurden bei weiteren Anrufen bei den Wohnorten seiner Schwestern wiederholt.

Bereits zuvor ist Samuel Morales vom Oberstleutnant Luis Francisco Medina bei einer Anhörung

in Saravena am 29.07.2005 in bedrohlichem Ton auf seine Ehefrau und den Arbeitsort seiner Schwestern angesprochen worden. Seine Ehefrau arbeitet im Krankenhaus San Ricardo Pampurrí von Saravena, dessen Direktor, Doktor Pedro Alcántar, ihr eröffnete, dass er sie auf Forderung des Coronel Luís Francisco Medina entlassen solle. Die Schwestern von Samuel Morales werden in Militärkontrollen schikaniert.

Berichtet am 04.10.2005 vom Menschenrechtskomitee Joel Sierra:

In der Gemeinde Fortúl kam es zu einer Explosion in der Nähe des Bürgermeisteramtes bei der es zu Sachschaden kam. Vermutlich wurde der Anschlag von der Guerilla ausgeführt.

Am 02.10.2005 wurde drei Hochspannungsmasten im Sicherheitsgürtel der Ölpipeline Caño Limón-Coveñas gesprengt. Durch diese Anschläge der Guerilla in den Ansiedlungen Pesquera und Villa Manga der Bezirke Arauquita und Saravena waren die Bezirke Arauquita, Tame, Puerto Rondón und Arauca-Stadt ohne Strom.

Nach Medienberichten führen die Guerillaorganisationen einen »bewaffneten Streik« durch, durch den die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung zwischen den Gemeinden und zwischen dem Departement und dem Rest des Landes unterbunden wird.

Berichtet am 17.10.2005 vom Menschenrechtskomitee Joel Sierra:

Der »bewaffnete Streik« der Guerilla im Departement hat seit dem 3. Oktober zu großen finanziellen Verlusten geführt, sowohl im produktiven Sektor, als auch durch Brandstiftung an Fahrzeugen des öffentlichen Sektors oder der Sprengung von Hochspannungsmasten.

Berichtet am 18.10.2005 vom Menschenrechtskomitee Joel Sierra:

Am 18.10.2005 wurde der Journalist Elver Ramirez Rincon, der beim Bürgermeisteramt von Arauquita arbeitet, durch vier Schüsse ermordet.

Berichtet am 22.10.2005 von ASOJER:

Am 13.10.2005 wurde der Jugendliche Arbey Garcia Montejo in Bucaramanga durch das Militär zwangsrekrutiert. Er lehnt den Militärdienst aus ethischen Gründen ab und ist ohnehin am Knie verletzt – seine Sehnen mussten ersetzt werden. Er befindet sich bei der mechanisierten Kavallerie Nr. 18 »General Gabriel Revéz Pizarro« im Bezirk Saravena. Sein Gesundheitszustand hat sich wegen erzwungenen Drills erheblich verschlechtert.

Plakat für das »Teatro de la vida«,
einem Kulturprojekt im Barrio Bosa, Bogotá





Im Haus der Gewerkschaften, Bogotá



Strassenszene in Bogotá



Auf einer Finca im Bezirk Tame, Arauca